

## Virginia: Homophobe Christen bekämpfen Diskriminierungsverbot

**Virginia hat als erster Südstaat in den USA ein LGBTI-Diskriminierungsverbot eingeführt. Homo-Gegner wollen sich das nicht gefallen lassen.**

Chris Herring, ein Hochzeitsfotograf aus der Grosstadt Norfolk im US-Bundesstaat Virginia, will aus religiösen Gründen nicht für Homosexuelle arbeiten – und klagt deshalb auf das Recht, Schwule und Lesben diskriminieren zu dürfen. Hintergrund ist das Anfang des Monats in Kraft getretene Gesetz "Virginia Values Act" – dieses geht beim Diskriminierungsschutz über das Bundesrecht hinaus und verbietet unter anderem konkret Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität. Virginia ist der erste Südstaat, der ein derartiges Gesetz erlassen hat.



Herring sieht aufgrund des Gesetzes sein Grundrecht auf Religionsfreiheit verletzt und reichte Klage ein. Die Anwälte des überzeugten Christen beklagten, dass sein Mandant vor "einer unmöglichen Wahl" stünde: "Entweder er setzt sich über das Gesetz hinweg oder er riskiert den Bankrott, entweder er handelt gegen seinen Willen oder macht seinen Laden dicht", teilten sie in einer Pressemitteilung mit. Herring wird von der Organisation "Alliance Defending Freedom" (ADF) verteidigt, die wegen ihrer rigiden Abneigung gegenüber Homo- und Transsexuellen von der Bürgerrechtsorganisation SPLC als Hassgruppe eingestuft wird.

### Trump-Regierung unterstützt homophobe Fotografin

Die ADF führt eine ähnliche Strategie auch in anderen Teilen des Landes durch: So klagte die homophobe Organisation im Namen der Fotografin Chelsey Nelson auch gegen Louisville in Kentucky, weil die Stadt in einer Verordnung ebenfalls Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung verbietet. Die Trump-Regierung unterstützt diese Klage bereits offiziell.

Noch ist unklar, welche Aussichten auf einen Erfolg die Klagen haben werden. Zumindest Nelson werden in der ersten Instanz gute Chancen eingeräumt: Sie wird am 14. Juli erstmals vor Richter Justin Walker vorsprechen müssen. Dieser Jurist gilt als sehr konservativ – er war früher Praktikant von Mitch McConnell, heute mächtiger republikanischer Fraktionschef im US-Senat, und ist erst letztes Jahr von Präsident Donald Trump zum Bundesrichter ernannt worden.

In den gesamten USA ist Diskriminierung eigentlich nach dem Bürgerrechtsgesetz "Civil Rights Act" von 1964 verboten – allerdings sind in dem Gesetz nur die Merkmale Rasse, Hautfarbe, Religion, Geschlecht und nationale Herkunft verankert. Damit dürfte ein Fotograf also etwa bei Ehen zwischen Angehörigen verschiedener Nationalitäten nicht die Arbeit verweigern, auch wenn er für die Ablehnung religiöse Gründe anführt. Das Merkmal "sexuelle Orientierung" ist in dem Gesetz nicht erwähnt. LGBTI-Aktivisten fordern bereits seit Jahrzehnten, diesen Schutz ins Bundesrecht aufzunehmen – allerdings scheiterte dies bislang am Widerstand der Republikaner.

### Erfolg vor Supreme Court

Hoffnung auf mehr Schutz vor Diskriminierung machte kürzlich der Supreme Court, der Verfassungsgerichtshof der USA: Dieses hochpolitisierte und eigentlich mehrheitlich republikanische Gremium hat erst Mitte Juni den nationalen Diskriminierungsschutz im Arbeitsrecht auf Homo- und Transsexuelle ausgeweitet, weil nach Ansicht der Richtermehrheit eine Diskriminierung der sexuellen Orientierung

und der Geschlechtsidentität gleichzeitig eine Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes ist. Damit ist sie nach dem Bürgerrechtsgesetz von 1964 verboten.

Noch sind die rechtlichen Auswirkungen auf das Zivilrecht unklar. Auch in anderen Berufssparten kämpfen religiös motivierte Homo-Gegner\*innen dafür, Schwule und Lesben diskriminieren zu dürfen, etwa in der Konditoren- oder der Floristen-Branche.

queer.de / 6.7.2020